

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Reichspräsidenten
und für Anzeigen die Poststellen
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Sonderdruck-Ausgabe Nr. 55.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Reichspräsidenten
und für Anzeigen die Poststellen
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Sonderdruck-Ausgabe Nr. 55.

Kollegium: Amtsblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 149

Dienstag, den 28. Juni 1932

27. Jahrgang

Vor der neuen Notverordnung

Die innenpolitische Lage

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten
Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichskanzler von Papen zum Bericht über die bisherigen Lausanner Verhandlungen und die innenpolitische Lage.

Reichskanzler von Papen wieder in Lausanne
Berlin, 26. Juni. Der Reichskanzler begab sich heute mit dem Fahrplanmäßigen P-D-Zug Basel-Lugano um 16.22 Uhr nach Lausanne zurück.

Das Communiqué über die Kabinettsitzung
Berlin, 25. Juni. Der Reichskanzler berichtete in der heutigen Kabinettsitzung über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Auch den vom Reichskanzler vorgeschlagenen weiteren Wünschen der deutschen Delegation stimmte das Gesamtkabinetts einmütig zu. Hierauf erstattete der Reichsminister des Innern Bericht über seine Verhandlungen mit den bayerischen Regierungen.

Berlin, 26. Juni. Wenn man von den Ausschreitungen und Zusammenstößen abliest, ist das einzige politische Ereignis des Sonntags in der Reichshauptstadt eine Besprechung, die der Reichskanzler vor seiner Rückreise nach Lausanne mit dem Reichsbankpräsidenten hatte. Dr. Luder ist erst heute früh aus Lausanne zurückgekehrt, war dort also fast einen Tag länger als der Kanzler. Es ist selbstverständlich, daß er das Bedürfnis hatte, Herrn von Papen noch über seine letzten Unterredungen und Eindrücke zu unterrichten. Ueber diesen rein informativen Charakter dürfte die Bedeutung der Unterhaltung allerdings kaum hinausgehen. Das Signum der Situation ist in der Parallellität des Berliner Aufenthaltes des Kanzlers und der Pariser Reise des französischen Ministerpräsidenten zu sehen, wobei ganz natürlich die Entscheidung über den vorläufigen Ausgang der Lausanner Konferenz auf der Gegenseite liegt. Der deutsche Standpunkt ist bekannt, und deshalb hatte der Berliner Aufenthalt des Reichskanzlers außenpolitisch auch nur den Sinn, daß

Herr von Papen seine Kollegen über den Stand der Dinge unterrichtete. Das Schicksal der Konferenz dagegen liegt bei dem, was Herriot aus Paris mitbringt. Da die Verhandlungen in Lausanne morgen weitergehen, ist es durchaus möglich, daß die Entscheidung bereits am Montagabend oder am Dienstag fällt. Man verrät kein Geheimnis mehr, wenn man hinzusetzt, daß die Aussichten nicht sehr günstig beurteilt werden. Wie auch die Lausanner Sonderkorrespondenten der Berliner Zeitungen ja bereits andeuten, spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Konferenz in einer Permanenzerklärung endet, durch die das von den Gläubigermächten verkündete Moratorium aufrechterhalten bleibt. bis sich — vielleicht im Herbst — die Möglichkeit eines endgültigen Arrangements bietet. Soweit die aktuellen innenpolitischen Fragen durch den Berliner Besuch des Kanzlers berührt werden, ist festzustellen, daß nun für Dienstag mit dem Erlass der Notverordnung zu der Uniform- und Demonstrationsfrage zu rechnen ist. Bis Dienstagvormittag werden die Antworten aller Länder vorliegen, und im Anschluß daran wird der Reichsinnenminister dem Reichspräsidenten die Notverordnung unterbreiten. Daß sie kommt, daran wird nach der bayerischen Antwort nicht mehr gezweifelt. Der Reichsinnenminister dürfte in der Kabinettsitzung von gestern nachmittag auch bereits in diesem Sinne ermächtigt worden sein.

Der Notverordnung wird übrigens auch noch eine Ausführungsverordnung angefügt werden, die namentlich an die Bestimmungen des § 4 der alten Verordnung über Demonstrationen anschließt. In diesem Paragraphen war gefast worden, daß der Reichsinnenminister darüber verfügen kann, ob Versammlungen anzumelden sind. In der Ausführungsverordnung wird der Reichsinnenminister entsprechende Bestimmungen treffen, damit die Polizei die Möglichkeit zu Vorkehrungen in der Hand hat, die Zusammenstöße zu verhindern. Im gleichen Sinne werden übrigens auch die Länder nach der kommenden Notverordnung das Recht zu zeitlich befristeten Verbots haben, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung sie erforderlich machen.

Italien für vollkommene Streichung

Lausanne, 25. Juni. Die italienische Delegation wird heute den anderen Delegationen ein Memorandum überreichen, in dem die bekannte grundsätzliche Haltung Italiens zu den verschiedenen, hier zur Behandlung stehenden Problemen erneut zum Ausdruck kommt. Italien besteht darin nach wie vor auf der vollkommenen Reparationsstreichung.

In dem Memorandum heißt es weiter, daß, falls sich die gegenwärtige Konferenz nicht nur auf das bloße Reparationsproblem beschränken und sich auf wirtschaftlichem Gebiet weiterentwickeln sollte, die Einzelinteressen der verschiedenen Länder berücksichtigt werden müßten. Zur Frage der Regelung der Lage der südoeuropäischen Länder wird die bekannte italienische Auffassung vertreten, daß eine Gesamtregelung dieses Problems auf einen Schlag sich nicht durchführen lasse.

Die Entschließung des bayerischen Landtages zur Regierungserklärung

München, 25. Juni. Die bereits gemeldete Entschließung des Landtages unterstreicht, daß das oberpolitische Verbot politischer Aufmärsche und des Tragens von Parteiformen weder mit einem Reichsgesetz noch mit einer Reichsverordnung in Widerspruch steht. Ein Eingriff des Reiches, der diese Schutzmaßnahmen zerschlagen würde, wäre weder vom Standpunkte des Rechtes aus zu begründen, noch würde er der staatlichen Verpflichtung entsprechen, Unruhen und Gefährdung von Menschenleben zu verhindern. Die Begründung eines solchen Eingriffes könnte nur in Rücksicht auf parteipolitische Wünsche einer einzigen Gruppe gesehen werden, die höher eingeschätzt würden als das politische Hoheitsrecht der Länder und als ihre Pflicht, für den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Der Landtag billigt es, daß die bayerische Staatsregierung an den von ihr erlassenen Verbotsmaßnahmen, sich gegen solche Eingriffe wendet und entschlossen ist, Terror und Gewalttat mit allen staatlichen Machtmitteln abzuwenden.

Vollkommene Ruhe in München

München, 26. Juni. Während des Sonntages hat sich in München keinerlei Zwischenfall ereignet. Der Sonntag verlief vollkommen ruhig.

Meißenburgische Amtstagswahlen

Schwerin, 26. Juni. Die heute stattgefundenen Wahl zum Amtstag in Schönberg hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 1523 (bei der letzten Landtagswahl vom 13. März 1932: 2152), Nationalsozialisten 1725 (1790), Bauernverein (Deutschnational) 1724 (1473). Die Wahlbeteiligung betrug nur 68 v. H.

Die Wahl zum Amtstag in Stargard hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 1604 (2039), Nationalsozialisten 2528 (2158), Deutschnationalen 1226 (8711), Kommunisten 811 (579). Die Wahlbeteiligung betrug 65 Prozent.

Der Kanzler über seine Lausanner Verhandlungen

Berlin, 25. Juni. Reichskanzler von Papen gab einem Vertreter des B.T.D. unter Bezugnahme auf die Veröffentlichungen in der französischen Presse über die Unterhaltungen in Lausanne am Freitag folgende Erklärung:

Es war mir selbstverständlich äußerst wertvoll, daß ich in Lausanne Gelegenheit hatte, nicht nur mit den verantwortlichen Staatsmännern der an der Reparations- und Kriegsschuldenfrage interessierten Mächte persönlichen Gedankenaustausch zu pflegen, sondern auch mit den Vertretern der ausländischen Presse mich zu unterhalten. In einem Teil der französischen Presse ist aber der Niederschlag der letzten Unterhaltung vor meiner Abreise aus Lausanne in mißverständlicher Form wiedergegeben worden. Besonders gilt das von dem Passus, der von einem Recht Frankreichs auf weitere Reparationszahlungen handelt. Schon in der Rede, die ich in der ersten Plenarversammlung gehalten habe, habe ich darauf hingewiesen, daß es sich in Lausanne nicht darum handelt, die juristischen Grundlagen des Reparationsproblems zu erörtern, sondern ausschließlich die tatsächliche Lage, die zu einer endgültigen Befestigung dieses für die ganze Weltwirtschaft verheerenden Fragenkomplexes zwingt. In diesem Zusammenhang habe ich gegenüber den Vertretern der französischen Presse wiederholt betont, daß die Wiederaufbau der Weltwirtschaft ein Zusammenarbeiten besonders zwischen Deutschland und Frankreich erfordert. Eine Zusammenarbeit, aus der für Frankreich bessere und greifbarere Vorteile erwachsen würden, als die Fortführung irgendwelcher Reparationszahlungen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands sei bekanntlich nicht von Deutschland herbeigeführt worden, sondern eine Folge des Runs auf unsere Kapitalreserven, der Verhütung aller normalen Kreditwege und der Zollmauern, die jedes Land um sich errichtet habe. Wenn man also die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen wolle, dürfe man nicht bei der Befestigung der

politischen Tribute und Zahlungen stehen bleiben, sondern müsse konstruktive Maßnahmen ins Auge fassen. Zu dieser gemeinsamen Anstrengung sei Deutschland bereit, zu seinem Teile nach Kräften beizutragen. Ich bin der Ansicht, daß der Anschluß der europäischen Großmächte, ihre eigenen Angelegenheiten auf solcher Grundlage zu ordnen, den besten Eindruck in den Vereinigten Staaten machen würde, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß trotz der in Angelegenheiten der Tribute sehr großen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten der Weg zu einer gemeinsamen Aktion der europäischen Mächte gefunden werden wird.

Blutige Politik

Wieder neue Todesopfer

Tumulte vor dem Berliner „Vorwärts“-Gebäude

Berlin, 25. Juni. Kurz vor 17 Uhr kam es in der Lindenstraße in der Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Im Laufe der Auseinandersetzungen ist geschossen worden, wobei zwei Nationalsozialisten schwerverletzt wurden. Das Ueberfallkommando ist vor dem „Vorwärts“-Gebäude erschienen.

Berlin, 26. Juni. Zu den Zusammenstößen vor dem „Vorwärts“-Gebäude wird von dem Pressereferenten des Polizeipräsidiums mitgeteilt: Gegen 16.15 Uhr wurde ein Zeitungshändler des „Märk“ an der Ecke Friedrichsplatz-Belle-Alliance-Platz, der schon öfter von Nationalsozialisten überfallen wurde, heute von einem Trupp von etwa 80 bis 80 Nationalsozialisten verfolgt, die bis in den ersten Hof des Gebäudes gelangten, wo es zu einem Handgemisch mit dort anwesenden Reichsbannerleuten kam, denen es gelang,

die etwa 50 Mann starke Gruppe der Nationalsozialisten wieder hinauszuverren. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Schlägerei, wobei ein Reichsbannermann und ein Nationalsozialist verwundet wurden. Der zuerst geschossen hat, steht bisher noch nicht fest. Gegen 18.30 Uhr wurde die Lindenstraße vom Belle-Alliance-Platz bis zur Neuenburger Straße für den Fußgängerverkehr gesperrt.

SPD. an den Reichspräsidenten

Berlin, 26. Juni. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an den Reichspräsidenten unter Bezugnahme auf die Zusammenstöße am „Vorwärts“-Gebäude ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Die Ueberfälle, die sich jetzt ständig wiederholen, stehen im krassen Gegensatz zu Ihrer Erwartung, Herr Reichspräsident, die Sie bei Erlass der letzten Notverordnung kundgetan haben, daß nach der Aufhebung des EW-Verbotes Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Da Sie damals versicherten, mit allen